



BURMA REPORT

April 2008

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 58

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

The Irrawaddy Newsletter, news@irrawaddy.org-
http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=10950

UN erwägt Handlungs- möglichkeiten Burma gegenüber

Lalit Kjha, Vereinte Nationen, 18. März 2008

Am Montag traf sich der Sonderbeauftragte für Burma, Ibrahim Gambari mit dem Präsidenten der UN-Generalversammlung, Srgjan Kerim, um ihn über seine letzte Reise in Burma zu unterrichten und über den Fortschritt seiner Bemühungen, das Land zur Wiederherstellung der Demokratie und den Schutz der Menschenrechte zu bewegen.

Es ist ebenfalls geplant, dass Gambari am Dienstag die 15 Mitglieder des mächtigen UN-Sicherheitsrates informieren wird. Es wird erwartet, dass er eine offene Beurteilung über die gegenwärtige Situation in Burma abgeben wird, sowie einen Überblick über die Möglichkeiten, die der internationalen Gemeinschaft seiner Ansicht nach zur Verfügung stehen, um sicherzustellen, dass die Junta auf die Forderungen der internationalen Gemeinschaft eingeht, unter anderem auch auf die Forderung nach Freilassung der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi und der politischen Häftlinge.

Gambari beendete am 10. März seine dritte Reise innerhalb von 6 Monaten nach Burma. Während seines Aufenthaltes traf er sich mit Aung San Suu Kyi und verschiedenen hochrangigen Militärs. Er machte jedoch wenig sichtbaren Fortschritt im Erreichen der Ziele, die der UN-Sicherheitsrat im Oktober per präsidentieller Erklärung genannt hatte.

Nachdem jetzt eine Annäherung zwischen "Dialog und Entgegenkommen" ganz offensichtlich fehlgeschlagen ist, scheint es, dass die Vereinten Nationen ihre Burmapolitik überprüfen wollen.

Ein UN-Diplomat, der dem Treffen zwischen Gambari und dem UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in Dakar, Senegal, in der vergangenen Woche beiwohnte, berichtete dem Irrawaddy, dass die UN jetzt ihre Haltung Burma gegenüber neu bewerten muss. "Das war der Zweck (des Treffens), sagte der Diplomat.

Es wird vermutet, dass Gambari während des Treffens die Unmöglichkeit, Dinge in Burma in Bewegung zu bringen, eingestanden hat.

Gambari schloss aus der Art und Weise, wie ihn die Junta brüskiert und dieses in aller Breite in den öffentlichen Medien berichtet hatte, dass die Vorgehensweise seiner Bemühungen, die Generäle zum Dialog zu bewegen und somit Fortschritte zu erzielen, fehlgeschlagen ist.

Trotz verschiedener Diskussionsrunden mit der Führung der Junta und Angehörigen des Militärs in Burma und unzähligen Reisen in die Hauptstädte der Welt während der vergangenen sechs Monate, war es Gambari nicht möglich, auch nur irgendein Ziel, das er sich selbst, Generalsekretär Ban Ki-moon oder der Sicherheitsrats gesetzt hatte, zu erreichen.

Trotz allem gab der Präsident der UN-Generalversammlung, Srgjan Kerim nach seinem Treffen mit Gambari dem Vertrauen Ausdruck, das er in die Arbeit des Sonderbeauftragten setzt. Er gab auch eine Erklärung heraus, die alle Parteien zu "ernsthaftem Engagement und überzeugenden Verpflichtungen" auffordert, um eine nationale Aussöhnung herbeizuführen.

Kerim sagte, die Tatsache, dass es möglich war, dass der UN-Gesandte sich mit wichtigen Persönlichkeiten, unter ihnen Suu Kyi wie aber auch mit Vertretern des Ausschusses zur Einberufung des Referendums und dem Komitee für den Verfassungsentwurf treffen konnte, habe ihn ermutigt.

Der Präsident der Generalversammlung sagte ausserdem, dass er hoffe, dass das burmesische Regime bereit

sein werde, der UN die Rolle zum Überwachen des geplanten Referendums zum neuen Verfassungsentwurf zu übertragen, obwohl die Militärjunta diesen Vorschlag bereits abgelehnt habe.

Nachdem Gambaris Bemühungen um günstige Bedingungen fehlgeschlagen sind, überlegen die Diplomaten der UN, wie die nächste Politik Burma gegenüber aussehen sollte.

Aber weder die UN noch Mitgliedsstaaten, die sich für Demokratie einsetzen, haben einen "Plan B", den sie umgehend hervorholen könnten. Unter Berücksichtigung des Interesses der wichtigsten Nachbarländer und der Pro-Junta-Haltung Russlands und Chinas im Sicherheitsrat ist nicht zu erwarten, dass es in naher Zukunft zur Übereinstimmung in einer neuen UN-Politik Burma gegenüber kommen wird.

Diejenigen, die diese Entwicklung nahe verfolgen, meinen, dass die Zeit davonläuft, da das Referendum zum Verfassungsentwurf der Junta für Mai vorgesehen ist, und die Weltorganisation hat bisher noch keine wirkungsvollen Schritte unternommen, dass prodemokratischen Kräften und ethnischen Gruppen eine Stimme gegeben wird. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Junta Suu Kyi freilassen und einen zeitgebundenen Dialog mit ihr beginnen sollte.

Aber ob es der UN möglich sein wird, die Generäle zu Zugeständnissen zu bewegen ist die Millionen-Dollar-Frage, da Russland und China möglicherweise alle Bemühungen um strengere Maßnahmen gegen das Regime blockieren werden. Von Russland, das im März den Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen wird, ist kaum zu erwarten, dass es den 15 Mitgliedern der Organisation erlauben wird, eine härtere Gangart gegen die Junta einzuschlagen, wie es von prodemokratischen Befürwortern vorgeschlagen wird.

Unter Berücksichtigung der Meinung von Millionen Burmesen, wird jedoch von drei Ratsmitgliedern -✍

... die Vereinigten Staaten, Britannien und Frankreich erwartet, dass sie eine bindende Resolution gegen Burma einbringen werden. Das könnte bedeuten, dass die Generäle sich bald gezwungen sehen werden, auf die Sprache der Konfrontation zu hören - eine Spracheebene, die sie viel besser verstehen als die beschwichtigenden Geräusche, wie sie jetzt von der Vereinten Nationen zu hören sind.

The Irrawaddy Newsletter,

news@irrawaddy.org, 2. April 2008 -
http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=11253

Burmas NLD ruft zum "Nein" zum Referendum auf - Wai Moe

Burmas wichtigste Oppositionspartei, die National League for Democracy, forderte am Mittwoch zum ersten Mal die Wähler dazu auf, beim Referendum mit "Nein" zur Verfassung zu stimmen.

Die Partei, unter der Führung der pro-demokratischen Ikone Aung San Suu Kyi, meint, dass ein Nein notwendig sei, da die Ausarbeitung der Verfassung nicht durch die gewählten Volksvertreter geschehen sei, sondern durch "handverlesene Marionetten" des Regimes.

Der Verfassungsentwurf, erstellt durch einen vom Regime konstituierten Nationalkonvent, sowie allgemeine Wahlen sind der vierte und fünfte Schritt auf der "Sieben-Schritte Roadmap zu einer disziplinierten Demokratie".

Die NLD-Ankündigung vom Mittwoch besagt, dass die vorgeschlagene Verfassung mit einem demokratischen Grundprinzip breche, nämlich dem, dass die Autorität vom Volke kommen soll. Ferner fehle die Garantie demokratischer Werte und Menschenrechte.

Indem es gegen den Verfassungsentwurf stimmte, würde das Volk sein Recht ausüben, sagte der NLD-Sprecher Thein Nyunt. Die Macht, die das Regime ausübe, sei ihm nicht vom Volk übergeben worden, sagte er zum Irrawaddy. Deshalb liege es in der Verantwortung aller Bürger die Volksmacht zurückzufordern."

Die NLD war kritisiert worden, weil sie sich nicht früher zum Referendum ge-

äußert habe. Aung Naing Oo, ein burmesischer Politikkommentator in Chaing Mai, Nordthailand, hiess die jetzige Aufforderung der NLD zum "Nein" willkommen und sieht darin eine Zunahme der Glaubwürdigkeit der Partei.

Ein weiterer burmesischer Analyst, Htay Aung, sagte, dass Dissidenten innerhalb Burmas zur Abgabe der Nein-Stimme aufgerufen hätten und sieht eine "Konfrontation" vor dem Referendum voraus.

Verschiedene Aktivisten wurden in Rangoon wegen ihrer Meinung angegriffen, sagte er und fuhr fort "Diese Gewaltanwendung durch die Sicherheitstruppen und Prügeltruppen die von der Junta unterstützt werden, würde kein Ende finden."

Vierzehn Mitglieder des Komitees der Vertreter des Volksparlamentes (CRPP), das von erfolgreichen Kandidaten der Wahlen von 1990 gebildet wurde, haben ebenfalls dazu aufgerufen, die vorgeschlagene Verfassung durch das burmesische Volk und international zu verwerfen.

Das Dokument war ohne die Beteiligung der NLD oder den Vertretern ethnischer Minderheiten und ohne die Erfüllung der Erwartungen ethnischer Nationalitäten ausgearbeitet worden, sagte ein Mitglied des CRPP.

Sie beschrieben den Verfassungsentwurf als eine "Täuschung" und sagten, dass sie den Sieg des Referendums durch "Schwindel und Betrug" erwarten.

Zitat des Tages:

Wir rufen das Volks dazu auf, zu den Wahlen zu gehen und gegen die Verfassung zu stimmen.

Nyan Win, Sprecher der National League for Democracy.

The Irrawaddy Newsletter,

news@irrawaddy.org, 27. März 2008 -
http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=11141

Aktivisten protestieren gegen die Verfassung - Min Lwin

Vor dem Hauptquartier der National League for Democracy (NLD) in Rangoon versammelte sich eine Gruppe von Aktivisten zu einem der wenigen Proteste. Sie riefen die burmesischen Bürger dazu auf, gegen die

vorgeschlagene Verfassung zu stimmen, die der Armee des Landes uneingeschränkte Macht verleiht wird.

Ein Mitglied der NLD berichtet, dass mehr als 30 Protestierende, die ein T-Shirt mit der Aufschrift "NEIN" trugen, sich vor dem Hauptquartier der Partei versammelten, während Hunderte den Feierlichkeiten zum burmesischen Tag der Armee beiwohnten.

Nach Aussage des NLD-Mitgliedes trugen einige der Demonstranten Gefängniskleidung und Handschellen, während andere die Fahnen der Vereinten Nationen und der Antifaschistischen Freiheitsliga des Volkes, der wichtigsten politischen Partei Burmas vor der Machtübernahme des Militärs in 1962, hochhielten.

"Sie intonierten Rufe gegen die Konstitution der Junta und forderten die Menschen dazu auf, ihre Nein-Stimme in den Wahllokalen abzugeben," sagte das Mitglied der NLD zum Irrawaddy am Donnerstag und fügte hinzu, dass einige Mitglieder sich dem Protest angeschlossen hätten.

Diese seltene Darbietung des Protestes dauerte 30 Minuten und zog die Aufmerksamkeit der Sicherheitstruppen, die um das NLD-Hauptquartier stationiert sind, auf sich, die die Demonstranten fotografierten.

Berichten von Augenzeugen zufolge verteilten die Demonstranten Pamphlete, die die Wähler aufriefen, zu den Wahlen zu gehen und gegen die Verfassung zu stimmen. Unter einem neuen Gesetz, das im Februar verabschiedet wurde, ist es nicht erlaubt, das Referendum oder die Wahl öffentlich zu kritisieren. Widerhandlungen werden mit Geldbussen und drei Jahren Gefängnis geahndet.

Quellen berichteten, dass ein Plakat mit der Aufschrift "Enttäuscht niemals die Nation" vor dem Haus der inhaftierten prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi gesehen wurde.

"Auf dem Plakat befanden sich die Worte und das Porträt des burmesischen Unabhängigkeitshelden und Vaters von Aung San Suu Kyi, Aung San, gemalt von Aung San Suu Kyi," sagte ein Mitglied der NLD.

The Irrawaddy Newsletter, news@irrawaddy.org 12. März 2008

Burma News - 12 March 2008 - "EBO" <burma@euro-burma.be>
-http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=10825

Erfahrener Journalist fordert Volksgewalt, um das Regime zu beseitigen - VIOLET CHO

Weniger als eine Woche nach dem erfolglosen Besuch des UN-Sonderbeauftragten für Burma, Ibrahim Gambari, ruft einer der bestangesehensten Journalisten zum "Aufstand der Volksmacht" auf, um sich vom Würgegriff des regierenden Regimes zu befreien.

Ludu Sein Win, ein prominenter Journalist und ehemaliger politischer Häftling, richtet sich in einer aufgezeichneten Botschaft an die Burmesen innerhalb und ausserhalb des Landes mit dem Hinweis, dass seiner Meinung nach Gewalt der einzige Weg sei, die seit über vier Jahrzehnten andauernde Militärregierung zu beseitigen.

"In der gesamten Weltgeschichte hat es niemals einen Diktator gegeben, der bereitwillig die Macht, sobald er sie fest in den Händen hielt, abgegeben hätte," sagte er in seiner Botschaft, die in der ehemaligen Hauptstadt Rangoon aufgenommen wurde.

"Und es gibt kein Land in der Welt, das mit Hilfe der Vereinten Nationen seine Freiheit erlangt hätte", fügte er hinzu, mit offensichtlichem Bezug auf die vergeblichen Bemühungen des UN-Sonderbeauftragten, der am Montag das Land verlassen hat, nachdem er von den regierenden Generälen der "Parteinahme" zugunsten der demokratischen Opposition zurechtgewiesen worden war.

Indem er die sich vertiefende politische, soziale und wirtschaftliche Krise beschreibt, in der sich das Land befindet, warnte der 68jährige erfahrene Journalist das burmesische Volk vor der Nutzlosigkeit, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft auf diplomatische Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu setzen.

"Vergeudet Eure Zeit nicht mit Träumen von einem Dialog und der Hilfe des UN-Sicherheitsrates," sagte er. "Wir haben bereits die Macht, die Militärdiktatur zu beseitigen. Diese Macht ist die Kraft und Stärke eines jeden burmesischen Bürgers".

Der erfahrene Journalist besteht darauf, dass nach den Demonstrationen der Mönche im vergangenen September, die weltweit Aufmerksamkeit erregt haben, nunmehr die Zeit gekommen sei, erneute Anstrengungen zu machen, um die Militärregierung zu stürzen.

Ludu Sein Win hat mehr als sein Teil an Schwierigkeiten durch die Hände der regierenden Diktatoren des Landes erfahren.

Er begann seine herausragende Karriere als junger Reporter für die in Mandalay angesiedelte linksgerichtete Zeitung Ludu (Das Volk), die 1946 ins Leben gerufen wurde. Mit 27 wurde er als Chef der Niederlassung in Rangoon verhaftet und ohne Gerichtsverfahren zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Während dieser Zeit wurde er von den Behörden gefoltert. Danach verbrachte er weitere zwei Jahre auf Coco Island, einer Strafkolonie, die sich 430 Kilometer südwestlich von Rangoon im indischen Ozean befindet.

Er ist einer der entschiedensten Vertreter für unabhängige Medien in Burma und Autor von Büchern über grundlegende Theorie und Ethik im Journalismus. Er ist auch bekannt als hervorragender Autor von Büchern, in denen er sich mit den Themen junger Menschen befasst.

The Irrawaddy Newsletter, news@irrawaddy.org 21. März 2008

http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=11063

Burmesen schrecken vor unabänderbarer Konstitution zurück- WAI MOE

The BurmaNet News Ausgabe Nr. 3427,
"Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

Während sich Burma auf das Referendum zum Verfassungsentwurf der Junta vorbereitet, geben viele Burmesen ihrem Unbehagen über die vorgeschlagene unabänderbare, wie in Stein gehauene Charta, Ausdruck. Obwohl das Regime noch nicht den vollen Wortlaut der Verfassung enthüllt hat, haben sich bereits viele entschlossen, sie mit der Begründung abzulehnen, dass sie praktisch nicht mehr zu ändern ist, sobald sie verabschiedet ist.

Unter Abschnitt 12 des Gesetzentwurfes benötigt jede Verfassungsänderung die Unterstützung von mehr als zwei

Dritteln der Parlamentsmitglieder. Da jedoch 25% der Sitze an Vertreter des Militärs gehen, ist die Chance einer Änderung, die gegen die Wünsche der mächtigen Generäle geht, gleich Null.

Als vor zwei Wochen der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen, Ibrahim Gambari, im Lande war und auf mehr politischen Fortschritt drängte, wurde ihm vom Chef des autoritativen Junta-Sprecherteams, Informationsminister Brigadegeneral Kyaw Hsan, mitgeteilt, dass die Verfassung nicht auf immer unveränderbar sei.

"Die demokratischen Rechte in Ländern, in denen Demokratie geblüht hat, unterscheiden sich von denen in Ländern, in denen gerade damit begonnen wird, Demokratie einzuführen," sagte der Informationsminister am 7. März zu dem sich auf Besuch befindlichen Gesandten. "Es hat seine Zeit gedauert, dass die demokratischen Rechte zum heutigen Verständnis heranreifen. Auch wir werden uns ändern und uns allmählich entwickeln."

Als die Junta Anfang Februar ankündigte, dass im Mai ein Referendum zur Verfassung abgehalten würde, hiessen einige diesen Schritt als ein vorsichtiges Öffnen für zukünftige demokratische Veränderungen willkommen. Jetzt sehen jedoch viele ein, dass wenig Raum für einen solchen Optimismus bleibt.

"Einige glaubten, dass die Konstitution in Zukunft geändert werden könne. Aber nachdem ich mir einige grundlegende Prinzipien der Verfassung angesehen habe, muss ich feststellen, dass diese Anschauung gänzlich falsch ist," sagte ein Geschäftsmann in Rangoon, der ungenannt bleiben möchte.

"Wenn wir die Verfassung nicht mehr ändern können, wie sollten wir sie dann annehmen?"

Trotz aufkommender Zweifel über die Verfassung schloss er jedoch aus, dass das Ergebnis des Referendums den Willen des Volkes widerspiegeln wird.

"Unter der Militärregierung können wir nicht offen sagen, was wir wirklich wollen, da wir Angst haben. Deshalb sind ein ehrliches Referendum und Wahlen in diesem Lande unmöglich."

Win Min, ein in Chiang Mai, Thailand, lebender burmesischer Politikanalyst meinte ebenfalls, dass es unsinnig sei, eine Verfassung anzunehmen, ohne dass diese so geändert werden

.... ↗ könne, dass sie den Bedürfnissen des Landes entspricht.

"Wenn wir die Verfassung nicht ändern können, kann die Demokratisierung in Burma nicht voranschreiten," sagte er mit der Feststellung, dass das Regime sehr darauf geachtet habe, alle Pläne auf ungewünschte Veränderungen zu blockieren.

Er verwarf auch das naive Argument - das einige im Exil lebende Dissidenten und Oppositionspolitiker innerhalb Burmas führen - dass die neue Verfassung den Weg zur Verbesserung der politischen Situation ebnen könne.

Während einige sagen, dass die Opposition hinsichtlich des Referendums beweglich sein solle, meinen andere Beobachter, dass das wirkliche Problem in der Unabänderlichkeit der Verfassung selbst läge.

Ein burmesischer Journalist, der für eine internationale Nachrichtenagentur in Rangoon arbeitet, beschrieb die Verfassung der Junta als "zu starr", als dass sie den politischen Herausforderungen in Burma gewachsen sein könne.

"Eine Verfassung zu entwerfen ist wie der Bau eines Hauses - die Grundmauern sind der wichtigste Teil. Die sich darüber erhebenden Strukturen müssen geändert werden können, aber das wird nur möglich sein, wenn die Grundmauern stark genug sind," sagte er.

Er fügte hinzu, dass Verfassungsänderungen mit 50% der Zustimmung des Parlamentes möglich sein müssten. "Ohne dies," sagte er, "verbleibt keine Handlungsfreiheit."

"Wenn wir die Verfassung nicht ändern können, ist Burma ein Fluss ohne Wiederkehr."

Reuters – 9. März 2008 - **Burma News** - Euro-Burma Office "EBO" <burma@euro-burma.be>

Myanmars Junta lehnt das UN-Angebot einer Wahlbeobachtung ab

Rangoon: Die Militärregierung Myanmars lehnt das Angebot der Vereinten Nationen, Wahlbeobachter im Mai zum Verfassungsreferendum und zu den Wahlen im Jahr 2010 zu entsenden, ab.

Lt. offizieller Zeitung vom Sonntag soll

der Referendumsbeauftragte Thaug Nyunt zum UN-Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari, der sich zu Besuch aufhielt, gesagt haben, dass "die Abhaltung eines Verfassungsreferendums unter die Staatsoberhoheit falle".

"Es wurden Vorkehrungen getroffen, dass die befugten Wähler ihre Wahl frei treffen können," fügte er hinzu und zerstörte damit alle Hoffnungen der internationalen Gemeinschaft, dass unabhängige Beobachter zur Volksabstimmung zugelassen werden.

Dies geschah zum letzten Mal 1990, als sie das Wahlergebnis von mehr als 80% für Suu Kyis Partei ignorierte.

"Das bedeutet, dass dem Regime nicht mehr an einer Zusammenarbeit mit der UN gelegen ist," sagte ein asiatischer Diplomat, der nicht genannt sein möchte.

Gambari traf sich am Sonntag mit den Gesundheits- und Planungsministern in Rangoon sowie mit dem stellvertretenden Aussenminister.

AP, 27. März 2008 -

NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahooogroups.com - Tin Kyi <mfinkyi7@yahoo.com> - Burma Related News -

Myanmars Junta feiert Militärmacht

Rangoon, Myanmar (AP): Der Chef der Junta Myanmars bestand am Donnerstag darauf, dass er nicht machthungrig sei und die Absicht habe, die Regierungskontrolle dem Sieger der Wahlen von 2010 zu übergeben. Senior-General Than Shwe gab diesen Kommentar in einer landesweit übertragenen Fernsehansprache anlässlich des Tages der Armee bekannt, einem jährlich stattfindenden Feiertag zu Ehren der Militärmacht.

Ausländischen Medien, die über die diesjährigen Feierlichkeiten berichten wollten, wurden Visen verweigert. Die Veranstaltung fand 6 Monate nach dem Tag der blutigen Niederschlagung von Demonstrationen von buddhistischen Mönchen und prodemokratischen Demonstranten durch die Junta statt.

Die Niederschlagung im September rief einen weltweiten Aufschrei hervor und forderte die Junta, die seit 1988 an der Macht ist, abermals zu demokratischen Reformen auf.

Während seiner 15minütigen Rede be-

zog sich Than Shwe wiederholt auf die Ankündigung der Junta vom vergangenen Monat, dass sie ein Referendum zum Entwurf einer neuen Verfassung im Laufe des Jahres abhalten wird, gefolgt von lange erwarteten allgemeinen Wahlen in 2010. Die Junta nennt diesen Prozess ihre "Roadmap zur Demokratie".

"Der Entwurf der Verfassung ist abgeschlossen und das Referendum hierzu wird im Mai stattfinden", sagte Than Shwe, der mit schwacher Stimme unter einer sengenden tropischen Sonne sprach. "Die Übergabe der Staatsgewalt kann nach Mehrparteienwahlen in 2010 stattfinden.

Than Shwe, 75, ging nicht auf Gerüchte über seine nachlassende Gesundheit ein, er erschien standfest, als er in einem offenen Cabriolet die Parade der 13.000 Truppen abnahm, die sich auf dem Paradeplatz von Naypyitaw, der entlegenen Verwaltungshauptstadt, in die die Junta 2005 die Regierungsbehörden verlegte, versammelt hatten.

Er sagte, dass die Junta "ohne Macht-hunger ernsthaft das Ziel zur Entwicklung des Landes verfolge" und er forderte die Truppen dazu auf, für eine reibungslose Machtübergabe zu sorgen, wenn es dazu kommt.

An der Versammlung nahmen die Spitze des Militärs wie auch Diplomaten und lokale Journalisten teil.

Kritiker behaupten, dass der Verfassungsentwurf der Junta so abgefasst ist, dass dadurch die Militärregierung zementiert wird. Vom der Teilnahme am Prozess des Entwurfes war die inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi ausgeschlossen worden, die oft von der Junta beschuldigt wird, das Land destabilisieren zu wollen, eine Anschuldigung, die auch gegen westliche Nationen gerichtet ist.

Suu Kyi befindet sich während 12 der vergangenen 18 Jahre unter Hausarrest.

Ihre prodemokratische Partei, die National League for Democracy hielt am Donnerstag in ihrem Hauptquartier in Rangoon, der grössten Stadt des Landes, eine Feier ab.

Parteiführer forderten zur Einheit vor dem Referendum auf und wiederholten Suu Kyis Botschaft, "Das Beste zu erhoffen und auf das Schlimmste vorbereitet zu sein".

Das Militär ergriff 1962 die Macht ... ↗

.... ➤ und beendete ein demokratisches Experiment, indem es das an Ressourcen reiche Land in die Isolation und den wirtschaftlichen Ruin trieb.

Die Junta, übernahm 1988 nach brutaler Niederwerfung eines prodemokratischen Aufstandes die Macht. Zwei Jahre später lehnte sie die Machtübergabe an Suu Kyis Partei ab, die in allgemeinen Wahlen einen erdrutschartigen Sieg davongetragen hatte.

Der Tag der Armee findet am 27. März statt in Erinnerung an den Tag, als 1945 sich Myanmars Armee gegen die japanischen Besetzer erhob.

The Irrawaddy Newsletter,
news@irrawaddy.org - 8. März 2008
http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=10757

Gambari trifft sich mit Suu Kyi

The Associated Press

Der UN-Sonderbeauftragte zur Förderung politischer Aussöhnung in Burma traf sich einen Tag, nachdem er von den Regierenden des Militärs zurückgewiesen worden war, am Sonnabend mit Aung San Suu Kyi und anderen Mitgliedern der Oppositionspartei.

Suu Kyi, die ohne Gerichtsverfahren 12 Jahre der vergangenen 18 Jahre in Haft befindet, wurde gesehen, als sie von ihrer Residenz, wo sie unter Hausarrest gehalten wird, zum staatlichen Gästehaus gefahren wurde, wo Ibrahim Gambari, Vertreter von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon untergebracht worden war und Lt. Plan Gespräche mit Suu Kyi führen sollte. Einzelheiten ihres Treffens wurden nicht bekanntgegeben.

Zuvor hatte der UN-Gesandte Gelegenheit zu Gesprächen mit Vertretern der ethnischen Minderheitsgruppen, Nichtregierungsorganisationen und verschiedenen anderen politischen Parteien, unter ihnen Suu Kyis Partei, der National League for Democracy.

Lt. einem der Teilnehmer an dem einstündigen Treffens am Morgen erklärten fünf Mitglieder der NLD ihren Wunsch nach einem zügigeren Ablauf des Dialogs mit der Junta und die Freilassung aller politischer Häftlinge.

Die Vereinten Nationen vertreten eine ähnliche Haltung, aber die Junta zeigt keinerlei Zeichen, weder der einen noch der anderen Forderung nachzu-

kommen. Seit die Junta, die 1998 die Macht an sich riss, das Ergebnis der allgemeinen Wahlen von 1990, die Suu Kyis Partei gewann, nicht anerkennt, befindet sich Burma politisch an einem toten Punkt.

Gambari sagte der Führung der NLD, dass er sein äusserstes tun werde, um ihr Anliegen vorwärts zu bringen, empfahl jedoch, dass sie jede Gelegenheit, die ihnen die Junta bietet, ergreifen sollten, berichtete ein Parteimitglied, das um Anonymität bat, da es nicht befragt sei, zur Presse zu sprechen.

Der Chef-Sprecher der Junta sagte während eines Treffens am Freitag, dass die Junta genügend zu einem Dialog mit Suu Kyi beigetragen hätte, indem sie auf ministerieller Ebene einen Liaisonoffizier für sie bereitstellt und angekündigt hätte, dass Senior-General Than Shwe willens sei, sich mit ihr zu treffen unter der Voraussetzung, dass sie ihre "provokative Haltung" und ihren Ruf nach Sanktionen gegen die Junta aufgeben würde.

Die staatlich kontrollierten Medien berichteten, dass der Informationsminister, Brigadegeneral Kyaw Hsan, Gambari mitgeteilt habe, dass sich in Burma keine politischen Häftlinge befänden und Suu Kyi nur in Haft gehalten würde, weil sie versuche, die Stabilität des Landes zu gefährden.

Kyaw Hsan gab ebenfalls seiner Unzufriedenheit Ausdruck, dass Gambari andere Länder in der Region aufgesucht hätte, um dort Unterstützung für politische Reformen in Burma zu bekommen.

Gambari traf am Donnerstag auf seiner dritten Reise in Burma ein, seitdem die Junta ihre tödliche Niederwerfung von friedlichen prodemokratischen Demonstrationen im September verübt hatte, was eine weltweite Empörung hervorrief. Der Besuch findet unter wachsender Besorgnis statt, dass die Regierung den Ruf nach politischen Reformen missachten und ihren Griff zur Machterhaltung verstärken wird.

Die Junta hatte vergangenen Monat bekanntgegeben, dass sie im Mai ein Referendum zur Verfassung und in 2010 allgemeine Wahlen abhalten werde als "erste Termine für Schritte auf der vorher veröffentlichten "Roadmap zur Demokratie."

The Irrawaddy Newsletter, news@irrawaddy.org
http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=10901

UN-Rechtsbeauftragtem Einreisevisum für Burma verweigert - Robert Evans

Reuters, Genf, 15. März 2008

Die Vereinten Nationen gaben bekannt, dass Burma dem Ermittler für Menschenrechte, Paulo Sergio Pinheiro, das Visum verweigert. Er hatte dem UN-Menschenrechtsrat am Donnerstag von der wachsenden Unterdrückung als Folge der Niederwerfung der im September von Mönchen angeführten Demonstrationen im Lande berichtet.

Der UN-Rechtsbeauftragte sagte am Freitag, dass er genauso gut "an Zwerge, Trolle und Elfen" glauben könne wie daran, dass die burmesische Militärregierung an demokratischen Reformen interessiert sei.

"Wenn Sie an Zwerge, Trolle und Elfen glauben, dann können Sie auch an diesen demokratischen Prozess in Myanmar (Burma) glauben" sagte Pinheiro am Freitag anlässlich eines Nachrichtenberichtes im europäischen Hauptquartier der UNO in Genf.

Pinheiro berichtete, dass ihm nach einer Frist von 2 Monaten ein Einreisevisum nach Burma erteilt worden sei und nannte die Entwicklung verheissungsvoll. Aber offensichtlich hatte sich der brasilianische Jurist getäuscht.

Einem darauffolgenden Bericht der UN zufolge "hatte er die Mitteilung erhalten, dass sein Pass abgeholt werden könne." Er musste dann am Nachmittag feststellen, dass ihm kein Visum erteilt worden war.

Lt. Pinheiros Bericht ist die Bekanntgabe, dass das Land mit einem Verfassungsreferendum im Mai und Wahlen in 2010 auf den Pfad der Demokratie gebracht werden soll, schlecht mit den Einschränkungen der freien Meinungsäußerung in Einklang zu bringen

Das verschlossene Regime in Burma verbietet die öffentliche Zusammenkunft von mehr als fünf Personen, nimmt weiterhin Opponenten ins Visier und beherbergt ca. 1850 politische Häftlinge.

Der burmesische Botschafter bei der UNO in Genf, Wunna Maung Lwin, sagte den 47

.... ➤

... Mitglieder des Menschenrechtsrates am Donnerstag, dass Pinheiros Bericht "völlig der Objektivität und Parteilosigkeit entbehre."

Im Dezember hatte der Rat Burma dazu aufgefordert, die Verantwortlichen für die Niederwerfung im September strafrechtlich zu verfolgen, den Hausarrest der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aufzuheben und alle politischen Häftlinge zu freizulassen.

Pinheiro sagte am Freitag, dass die Militärjunta, die darauf besteht, dass die Menschenrechte im Lande eingehalten werden und dass alle Gefangenen Gesetze verletzt hätten, die Resolutionen des Rates und der UN-Generalversammlung ignoriert hat.

"Die Schwierigkeit mit diesem Land besteht darin, dass es zu keinen Konzessionen bereit ist," sagte er.

"Kein Referendum und keine Wahl können fair genannt werden, kein Übergang zur Demokratie kann Wirkung haben, solange die politischen Häftlinge nicht freigelassen und nicht alle politischen Parteien zugelassen werden und der grundlegende Schutz der zivilen und politischen Freiheiten in Myanmar nicht gegeben ist.

Genf, 22.03.2008

Gerechtigkeit für Burma -

Claude Schauli

Drei Tage lang, vom 14., 15. und 16. März fand in Genf eine Solidarkundgebung für die burmesischen Demokraten statt.,

Während der Rat der Menschenrechte der UNO tagte, fand das 6. Filmfestival und Internationale Forum für Menschenrechte zu Ehren Daw Aung San Suu Kyis statt.

Der Tag und Abend von Freitag, 14. März, waren Burma gewidmet, besonders durch die Vorführung von drei Filmen, d.h. „Den Kampf festhalten“, ein Film, der von den Reportern der Demokratischen Stimme Burmas gedreht wurde, von Claude Schauli „Burma, eine Revolution in Bildern“ und „Die Schatten Burmas“ von Bernard Genier.

Zwei Gesprächsrunden erlaubten den eingeladenen Gästen (unter ihnen Dr. Sein Win, Premierminister von NC-GUB, Dr. Thaug Thun, Vertreter des NCGUB bei der UNO, Harn Yawghwe,

Vertreter der burmesischen Demokraten bei der EU, Aye Chan Naing, Direktor der Democratic Voice of Burma, Staneley Van Tha, Dissident der Chin und Sergio Paolo Pinheiro, unabhängiger Experte bei der UNO, Auskunft und da besonders über das für Mai geplante Referendum zu erteilen.

Mehr als 400 Besucher nahmen an dem Abend teil, der zeigte, dass als Folge der tragischen Ereignisse im September 2007 sich die Zivilbevölkerung ganz konkret zu den burmesischen Demokraten hingezogen fühlt. Für den Morgen dieses Freitags war eine Pressekonferenz des Schweizer Presseclubs organisiert worden, an der um die 40 Personen teilnahmen.

Samstag und Sonntag fand am Sitz der Union Interparlementaire die Halbjahresversammlung in Anwesenheit einer wichtigen burmesischen Delegation statt mit vor allem ca. 10 Exilmönchen aus verschiedenen europäischen Ländern

Auf Initiative der Association Suisse-Birmanie und Reportern ohne Grenzen, Sektion Schweiz, wurden ebenfalls in den Sälen der Union Interparlementaire Kunstwerke versteigert. Um die 50 Bilder und Skulpturen waren von schweizer Künstlern gestiftet worden, deren Erlös dem Untergrundradio und -fernsehen DVB zugute kommen sollte.

Am Ende der Veranstaltung war es den Organisatoren möglich, einen Scheck von mehr als US\$ 30.000 (CHF 30'000,-) an Aye Chan Naing, Direktor der Democratic Voice of Burma zu übergeben.

Es war allen Teilnehmern der verschiedenen Veranstaltungen wichtig, dass Burma, das im vergangenen Herbst durch die Ereignisse im Rampenlicht stand, nicht vergessen wird. Ganz gleich ob Mitglieder der Nichtregierungsorganisationen, Politiker, Journalisten oder einfach nur am Lande Interessierte, alle haben während der drei Tage ihre Solidarität mit dem burmesischen Volk bekundet. Alle wünschen übereinstimmend, dass Burma recht bald zu Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden finden möge.

Nachstehend ein Video, d.h. ein Film von 10 Minuten Dauer von Euronews (Interview eines Mönchs durch Aye Chan, Direktor des Festivals und Claude Schauli.

<http://www.euronews.net/index.php?page=cinema&article=475995&lng=2>

South China Morning Post, 7. März 2008 - Aung Kyaw Oo <akyawoo@verizon.net> - NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com

Hüte Dich vor dem Wahlversprechen der burmesischen Junta - Dr. Thaug Htun

THE BURMANET NEWS - March 7, 2008 Issue # 3417-"Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

Da sich der UN-Gesandte für Burma, Ibrahim Gambari, darauf vorbereitet, den dornigen und bisher nicht existierenden Weg des Landes zur Freiheit zu besprechen, lohnt es sich, jene zu betrachten, die ihm am Verhandlungstisch gegenüber sitzen werden. Die Junta, die seit 1962 an der Macht ist, hat sich seit langem als ehrlos und unfähig zur Aufrichtigkeit erwiesen. Sie blockiert seit Dekaden und führt Ablenkungsmanöver und hat mehr als nur einen wohlmeinenden Gesprächspartner verschlissen.

Deshalb sollte Dr. Gambari sich vor der Ankündigung der Junta hüten, ein Verfassungsreferendum im Mai und allgemeine Wahlen in 2010 abhalten zu wollen.

Die Geschichte lügt nicht. Am 18. September 1988, gab der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (jetzt Staatlicher Friedens- und Entwicklungsrat) eine Erklärung heraus, in der es hiess, dass er die Macht übernehmen würde, um vier "Pflichten" nachzukommen. Es wurde Mönchen und Laien erklärt, dass Mehrparteiwahlen seine endgültige Pflicht seien.

Weiterhin sagte der Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte am 23. September 1988: "...da unsere Organisation, die aus Mitgliedern der Verteidigung zusammengesetzt ist, ebenfalls der Nation Loyalität zugesagt hat, glaube ich, dass sie niemals das Versprechen brechen wird, das sie der Nation und dem Volk gegeben hat...".

Der Rat verabschiedete ebenfalls am 31. Mai 1989 das "Wahlgesetz der Volksversammlung", in dem es unter Abschnitt 3 heisst: "Das Parlament soll sich in Übereinstimmung mit diesem Gesetz aus gewählten Wahlkreisvertretern bilden."

Die internationale Gemeinschaft hat bestätigt, dass die Wahlen von 1990 in Burma fair und frei waren. Die National League for Democracy gewann unter Führung der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi 80% der Stimmen. Es wurde ihr jedoch nie erlaubt, ihren Platz im burmesischen

....> Parlament einzunehmen.

Vor lokalen und ausländischen Journalisten sagte der Oberbefehlshaber der burmesischen Verteidigungskräfte ganz klar, dass das Militär die versprochene Verfassung nicht ausarbeiten könne, da es nicht die gewählte Rechtspersönlichkeit darstelle. Die Junta erweiterte ihr Versprechen dahingehend, dass die neue Verfassung von den gewählten Vertretern ausgearbeitet werden solle.

Doch selbst bevor ein wirklicher Dialog zwischen der Regierung und den politischen Gruppen stattfinden konnte, gab die Junta das Verfassungsreferendum für Mai und allgemeine Wahlen für 2010 bekannt.

Sie setzt sich offensichtlich darüber hinweg, dass die Regierung den Wählern gegenüber verpflichtet ist, zu erklären, wie sich für sie das Wahlergebnis von 1990 darstellt und warum sie das Ergebnis ablehnt.

Ein demokratischer Staat kann niemals auf diese Art und Weise regiert werden. Die Wiederherstellung der Menschen- und demokratischen Rechte in Burma war der Anlass, dass unter Einhaltung des Gesetzes die National League for Democracy gebildet wurde. Unter Außerachtlassung der Situation wird sie fortfahren, mit der UNO zusammenzuarbeiten.

Nur durch offenen Dialog und faire und freie Wahlen wird Burma wieder zu einer freien und friedvollen Nation und einem anerkannten Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden.

Dr. Thau Htun ist Vertreter des National Coaliti-

on Government of the Union of Burma beim UN Dienstbüro für burmesische Belange bei der UNO.

BURMA RELATED NEWS - APRIL 03, 2008 -
Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com> -
NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com

AP - Entwurf einer UN-Erklärung hat Myanmar Junta zum Thema - Edith M. Lederer

- 2. April 2008

Vereinte Nationen (AP): Der Kopie des Entwurfes einer Erklärung des Sicherheitsrates, die am Donnerstag eingesehen werden konnte, ist zu entnehmen, dass Myanmar Regierung aufgefordert werden soll, der inhaftierten prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi und anderen politischen Akteuren freie Rede zu gewähren und Zusammenkünfte vor dem im Mai vorgesehenen Referendum zur neuen Verfassung zuzulassen.

Die Erklärung, die von den Vereinten Nationen, Großbritannien und Frankreich vorbereitet worden war, stand der Associated Press an dem Tage, an dem die Partei Suu Kyis die Wähler dazu aufrief, den vom Militär gestützten Verfassungsentwurf abzulehnen, zur Verfügung. Die National League for Democracy betrachtet ihn als undemokratisch und unter der Kontrolle des Militärs ausgearbeitet.

Es wird erwartet, dass die Erklärung allen 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates in den nächsten Tagen zugestellt wird. Sie benötigt die Zustimmung aller Ratsmitglieder, um in Kraft treten zu

können.

Der Entwurf des Statements "fordert die Regierung Myanmars dazu auf, allen politischen Akteuren die volle Teilnahme am Prozess des Referendums zu gewähren, einschliesslich Aung San Suu Kyi", damit dieses vollständig und glaubhaft erscheinen kann.

Myanmar wird seit 1962 vom Militär regiert. Die derzeitige Junta ergriff 1988 die Macht und weigerte sich, das Ergebnis der allgemeinen Wahlen von 1990 anzuerkennen, die von Suu Kyis Partei gewonnen wurden. Die Nobelpreisträgerin, die sich zur Zeit in Hausarrest befindet, ist 12 der vergangenen 18 Jahre ohne Prozess inhaftiert.

Kritiker der vorgeschlagenen Verfassung sagen, dass sie auf eine dauernde Militärregierung abzielt.

Die Junta steht unter starkem internationalen Druck, demokratische Reformen durchzuführen, besonders seit sie im September friedliche Demonstrationen niederschlug. Die UN schätzt, dass 31 Menschen bei der Niederwerfung getötet wurden und sich seitdem tausende in Haft befinden.

Der Entwurf des Statements des Sicherheitsrates gibt seinem Bedauern Ausdruck über "den langsamen Fortschritt" in der Verwirklichung der Anforderung des Rates im vergangenen September, einen "wirklichen Dialog" mit der prodemokratischen Opposition zu beginnen und die baldige Entlassung aller politischen Häftlinge vorzunehmen.

NCGUB - Presseveröffentlichung vom 4. April 2008

NCGUB stellt Zunahme von Gesetzesverstößen fest, Drängt auf enge Überwachung der Situation

Die National League for Democracy (NLD), das National Coalition Government of the Union of Burma und weitere wichtige demokratische und ethnische Organisationen haben das Land dazu aufgefordert, mit "Nein" beim bevorstehenden Referendum zu stimmen und so den Verfassungsentwurf zu verwerfen, den das burmesische Regime einseitig ausgearbeitet hat, um damit die Militärregierung im Lande fortzusetzen.

Da das Militärregime großen Widerstand von seiten demokratischer und ethnischer Organisationen befürchtet, hat es die Streitkräfte, Polizei und Sicherheitspolizei sowie seine "Hilfskräfte", die Union Solidarity and Development Association, Swan Arr Shin Prügeltruppen, die Feuerwehr, die Korrekturabteilung und selbst das Rote Kreuz und GONGOS in Alarmbereitschaft gesetzt - und sie aufgefordert, sich in "Kampfbereitschaft" für drastische Aktionen gegen öffentliche Unruhe zu halten.

Zur Zeit werden die der Junta angeschlossenen Kräfte zur Einschüchterung und Drohung benutzt, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Die Aufeinanderfolge der perversen Aktionen besagt, dass die Junta zu allen Mitteln greifen wird, um die Verfassung zu ratifizieren und damit an der Macht zu bleiben. Zehn Mitglieder der NLD aus Thingangyun, Yenangyaung und Taungup wurden in Haft genommen, weil sie T-Shirts mit der Aufschrift "Nein" trugen, um so öffentlich ihre Meinung gegen die Verfassung kund zu tun. Der Einzeldemonstrant gegen hohe Preise, U Ohn Than, wurde als Warnung für alle eventuellen Demonstranten zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Menschenrechtsverteidiger U Myint Aye aus Myenigon, Vorsitzender der NLD in Hlaingthaya, U Myint Hlaing, und NLD-Mitglied U Tin Yu, ebenfalls von dort, wurden bei getrennten Zwischenfällen brutal von Angreifern zusammengeschlagen.

Aus tiefer Besorgnis über die offenbare Zunahme von Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung der demokratischen und ethnischen Opposition je näher das Referendum rückt, bittet NCGUB Regierungen, die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft im ganzen, die politische und Menschenrechtssituation in Burma eng zu verfolgen und ihre Mittel zu nutzen, die Bevölkerung vor Einschüchterungen, Drohungen und Tyranisierungen zu schützen.

Die NCGUB ist aus gewählten Vertretern der Wahlen von 1990 in Burma zusammengesetzt und von ihnen bestätigt.

Nach einer Übersetzung von NCGUB

National League for Democracy
97B Shwegondine Road
Bahan Township, Rangoon

Ein Aufruf an das Volk im Zusammenhang mit dem Nationalreferendum

1. Über die Niederschrift des Verfassungsentwurfes, an dem keine gewählten Vertreter beteiligt waren, soll durch ein nationales Referendum entschieden werden
2. Er wurde einseitig durch Personen erstellt, die vom State Peace and Development Council bestimmt worden waren.
3. Ferner beinhaltet der derzeitige Verfassungsentwurf keinerlei Garantie für Demokratie und Menschenrechte, was vom Volk inbrünstig gewünscht wird und befindet sich auch nicht in Übereinstimmung mit dem demokratischen Grundprinzip, das besagt, dass die Souveränität eines Staates vom Volk ausgehen soll.
4. Die Geschichte unserer Nation wie auch die der Welt hat bewiesen, dass ein Regierungsorgan, das nicht die Unterstützung des Volkes hat, instabil bleibt.
5. Deshalb fordern wir die Menschen aller Nationalitäten und Organisationen aus allen Lebensbereichen dazu auf, unbedingt zu den Urnen zu gehen und mutig mit einem Kreuz hinter dem "Nein" ihre Stimme abzugeben.

Laut Beschluss des ausführenden Zentralkomitees während der Konferenz vom 20. und 31. März 2008.

Central Executive Committee
National League for Democracy
Rangoon

2. April 2008
Im 12. abnehmenden Mond des Tabauing, 1369 Burmesischer Zeitählung

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ် ရာသို့
(လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ)

Gedichte

Von **Saya Tin Moe**
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten
während seiner politischen Gefangenschaft.

von Moe Aye

(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto
Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln

Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470

[e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de](mailto:burmabureaugermany@t-online.de)

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros –
zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie,
wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com>

Für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Burma